

Analysen

 **Bank Austria**
Member of  **UniCredit**

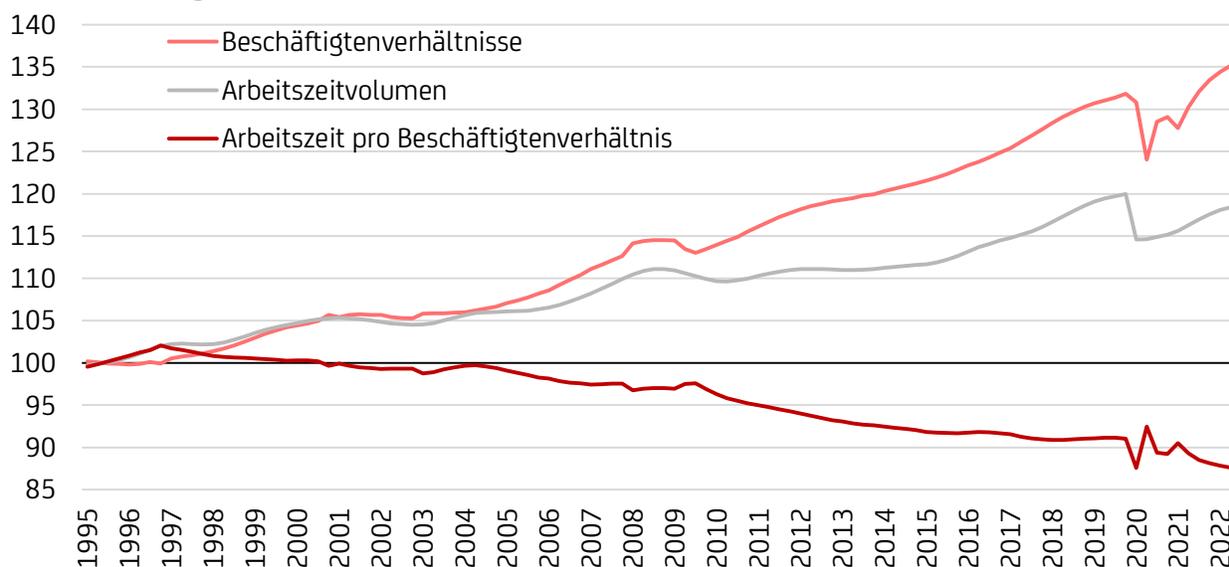
November 2022

Keine Zeit für Arbeit?



KEINE ZEIT FÜR ARBEIT?

Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitszeitvolumen (saisonbereinigt, 1995 = 100)



Quelle: Statistik Austria, UniCredit Research

- Der österreichische Arbeitsmarkt ist gekennzeichnet von Rekordbeschäftigung und gleichzeitig einer Rekordzahl an offenen Stellen. Der beklagte Mangel an Arbeitskräften ist zumindest teilweise auch als Mangel an zur Verfügung gestellter Arbeitszeit des Arbeitsangebots zu verstehen.
- Während die Anzahl der Beschäftigtenverhältnisse seit 1995 um rund 35 Prozent zugenommen hat, stieg das Arbeitszeitvolumen nur um rund 18 Prozent. Die durchschnittliche Arbeitszeit pro Beschäftigtenverhältnis sank von 410 auf rund 360 Stunden im Quartal. Das entspricht einem Rückgang von etwa 32 auf 27 Wochenstunden.
- Der sinkenden Arbeitszeit pro Beschäftigtenverhältnis steht ein deutlicher Anstieg der Produktivität gegenüber. Die Bruttowertschöpfung pro Arbeitsstunde verdoppelte sich von etwa 30 Euro 1995 auf über 60 Euro. Das entspricht inflationsbereinigt einem Anstieg um über 35 Prozent. Im Durchschnitt ist ein Beschäftigter somit um ein Drittel produktiver geworden.
- Die (arbeits-) rechtlichen Veränderungen lassen in Kombination mit gesellschaftspolitischen und demographischen Entwicklungen eine Fortsetzung des Rückgangs der durchschnittlichen Arbeitszeit pro Beschäftigtenverhältnis erwarten und machen dies zu einer der großen wirtschaftspolitischen Herausforderung zur Sicherung des Wohlstands in Österreich.

Autor: Walter Pudschedl

Impressum

Herausgeber, Verleger, Medieninhaber:
UniCredit Bank Austria AG
Economics & Market Analysis Austria
Rothschildplatz 1
1020 Wien
Telefon +43 (0)50505-41957
Fax +43 (0)50505-41050
E-Mail: econresearch.austria@unicreditgroup.at

Stand: November 2022

Mangel an Arbeitskräften trotz Rekordbeschäftigung

Anstieg des Arbeitszeitvolumens bleibt seit Jahrzehnten hinter Anstieg der Beschäftigung zurück

Rückgang der Arbeitszeit pro Beschäftigungsverhältnis seit 1995 um 14 Prozent

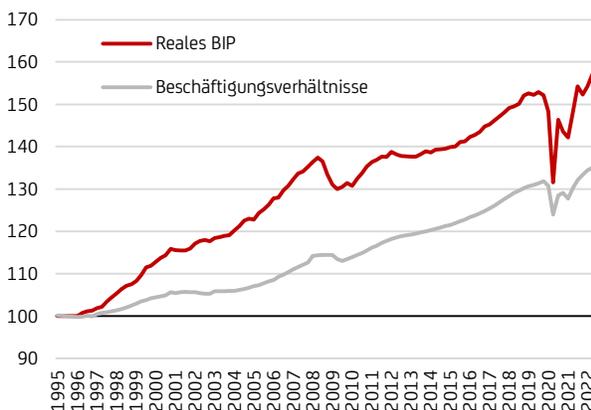
Arbeitszeit pro Beschäftigtenverhältnis sinkt seit langem, beschleunigt seit Corona

Zu Jahresmitte 2022 hat die Beschäftigung in Österreich einen neuen Rekordstand erreicht. Inklusiv der rund 3,9 Mio. unselbständig Beschäftigten und der etwa 300.000 geringfügig Beschäftigten bestanden insgesamt rund 4,2 Mio. Beschäftigtenverhältnisse. Das entspricht einem Plus von 1,1 Millionen seit dem Jahr 1995. Abhängig von der konjunkturellen Entwicklung ist die Anzahl der Beschäftigtenverhältnisse im Durchschnitt dabei um knapp mehr als 1 Prozent pro Jahr gestiegen. Nach dem Einbruch während der ersten Phase der Corona-Pandemie hat das hohe Erholungstempo der vergangenen Monate mittlerweile zu einem Beschäftigtenstand über dem Vorkrisenniveau geführt. Trotz der Rekordbeschäftigung werden die Klagen der Unternehmen über ein enger werdendes Angebot am Arbeitsmarkt lauter. Die Anzahl der Arbeitssuchenden inklusive Schulungsteilnehmer:innen ist bis Mitte 2022 auf rund 250.000 gesunken und weit über 100.000 freie Stellen können derzeit nicht besetzt werden. Mit 2,0 ist die Stellenandrangziffer mit Abstand am niedrigsten Stand der vergangenen drei Jahrzehnte.

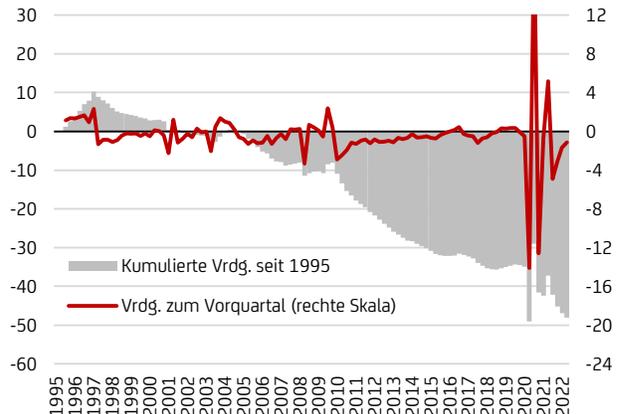
Angesichts des Rekordstands an Beschäftigtenverhältnissen liegt auch das Arbeitszeitvolumen in Österreich mit saisonbereinigt fast 1,5 Mrd. Stunden im zweiten Quartal 2022 auf einem Allzeithoch. Allerdings ist das Arbeitszeitvolumen seit 1995 „nur“ um rund 18 Prozent gestiegen, während die Anzahl der Beschäftigtenverhältnisse um 35 Prozent zugenommen hat. Die Auseinanderentwicklung der beiden Zeitreihen hat sich seit der Pandemie noch verstärkt. Die Anzahl der Beschäftigtenverhältnisse liegt aktuell um rund 2,5 Prozent höher als im Jahr 2019, das Arbeitszeitvolumen hat dagegen leicht abgenommen.

Der von den heimischen Unternehmen beklagte Mangel an Arbeitskräften stellt sich angesichts dieser Statistiken eher als Mangel an zur Verfügung gestellter Arbeitszeit des Arbeitsangebots dar. Dabei handelt es sich um einen seit Jahren andauernden Trend. Mit saisonbereinigten rund 360 Stunden pro Beschäftigtenverhältnis liegt das Arbeitszeitvolumen pro Beschäftigtenverhältnis im zweiten Quartal 2022 um über 50 Stunden unter dem Wert des Jahresdurchschnitts 1995. Das entspricht einem Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit um rund 14 Prozent von rund 32 Wochenstunden auf 27 Wochenstunden. Während in den ersten zehn Jahren - nach anfänglichen Zuwächsen - der Rückgang der Arbeitszeit pro Beschäftigtenverhältnis relativ überschaubar blieb, steigerte sich das Tempo deutlich ab dem Jahr 2005 und erhöhte sich aktuell im Vergleich zur Vor-Pandemiezeit nochmals. Allein seit dem Jahr 2019 kam es zu einem Rückgang der Arbeitszeit pro Beschäftigtenverhältnis um 10 Stunden im Quartal bzw. 3 Prozent. D.h. die wöchentliche Arbeitszeit hat sich durchschnittlich um fast eine Stunde in diesem kurzen Zeitraum reduziert.

Grafik 1: Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung (1995=100)



Grafik 2: Arbeitszeit pro Beschäftigtenverhältnis (in Stunden pro Quartal)



Quelle: Statistik Austria, UniCredit Research

Stärkster Rückgang der Arbeitszeit pro Beschäftigungsverhältnis seit 1995 bei den sonstigen Dienstleistungen

Starker Stundenanstieg bei der Herstellung von Waren und am Bau seit Pandemiebeginn

Deutlicher Anstieg der Produktivität kompensiert

Starke Unterschiede in den einzelnen Branchen

Zu überdurchschnittlich hohen Rückgängen der Arbeitszeit pro Beschäftigungsverhältnis kam es seit 1995 in der Land- und Forstwirtschaft und in der Gruppe öffentliche Verwaltung, Erziehung, Gesundheits- und Sozialwesen sowie vor allem bei den sonstigen Dienstleistungen und im Bereich Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie, dessen Entwicklung allerdings bis zur Jahresmitte 2022 noch etwas durch Personen in Kurzarbeit verzerrt war (Siehe Grafik 3). Während in der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen und in der Herstellung von Waren jeweils nur ein relativ geringer Arbeitszeitrückgang pro Beschäftigungsverhältnis von rund 15 Stunden im Quartal vorliegt, blieb einzig in der Bauwirtschaft die Arbeitszeit im Vergleich zu 1995 konstant.

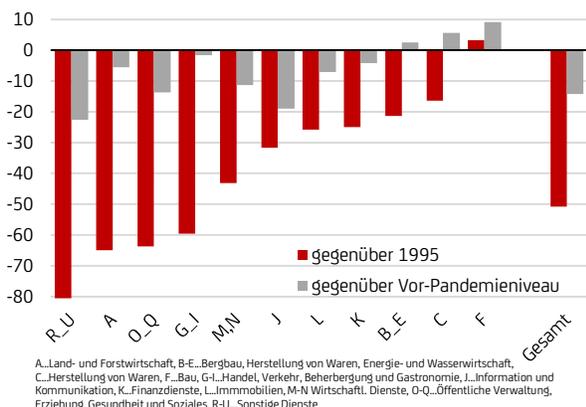
Im Vergleich zu 2019, also vor Ausbruch der Pandemie, hat die starke wirtschaftliche Erholungsphase aus der Pandemie neben der Bauwirtschaft auch bei der Herstellung von Waren zu einem Anstieg der Arbeitszeit pro Beschäftigungsverhältnis geführt. Mit rund 9 Stunden im Quartal bzw. über 2 Prozent gab es am Bau innerhalb dieses relativen kurzen Zeitraums den stärksten Anstieg.

Produktivität gestiegen

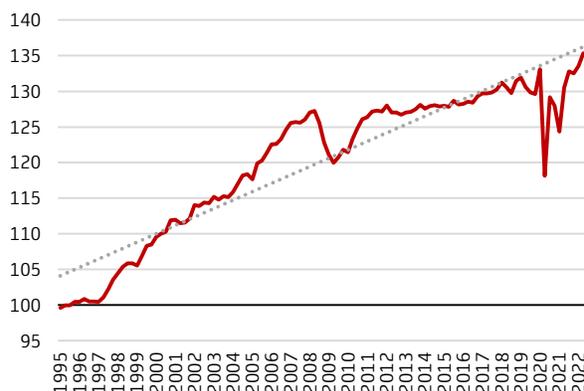
Der sinkenden Arbeitszeit pro Beschäftigungsverhältnis steht jedoch ein deutlicher Anstieg der Produktivität gegenüber. Die Bruttowertschöpfung pro geleistete Arbeitsstunde verdoppelte sich von knapp über 30 Euro im Jahr 1995 auf aktuell über 60 Euro. Das entspricht inflationsbereinigt einem Anstieg seit 1995 um über 35 Prozent. Im Durchschnitt ist ein Beschäftigter in diesem Zeitraum somit um etwa ein Drittel produktiver geworden. Bis zum Beginn der Finanzkrise 2008 war das Tempo der Produktivitätsverbesserung in der heimischen Wirtschaft besonders hoch. Die folgenden Einbußen konnten in der ersten Erholungsphase rasch aufgeholt werden. Mit dem Einsetzen der Eurokrise verlangsamte sich die Geschwindigkeit der Produktivitätserhöhung deutlich. Der Einbruch während der Pandemie 2020 konnte, rasch aufgeholt werden und sogar ein etwas höheres Tempo der Produktivitätssteigerung als in den Jahren davor angeschlagen werden.

Überdurchschnittlich starke Produktivitätsverbesserungen konnten seit 1995 erwartungsgemäß in der Industrie erzielt werden. Bei der Herstellung von Waren verdoppelte sich der Output pro Arbeitsstunde beinahe. In den Dienstleistungsbereichen konnte die Produktivitätsentwicklung nicht mit jener im Produktionssektor mithalten, ausgenommen in der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, in der sich sogar etwas mehr als eine Verdoppelung der Produktivität seit 1995 ergab. Während im Bereich IKT, dem

Grafik 3: Arbeitszeit pro Beschäftigungsverhältnis (Veränderung seit 1995 in Stunden pro Quartal)



Grafik 4: Reale Bruttowertschöpfung/Beschäftigtenstunde (1995=100)



Quelle: S&P Global, UniCredit Research

Immobilien- und Beherbergungs- und Gastronomie leicht unterdurchschnittliche Produktivitätsfortschritte erzielt wurden, kam es in anderen Dienstleistungsbereichen, wie z.B. bei den Wirtschaftsdiensten kaum zu Verbesserungen und bei den sonstigen Dienstleistungen zu einer Verringerung der Arbeitsproduktivität. Die Bruttowertschöpfung pro Arbeitsstunde sank hier seit 1995 um rund 2 Prozent.

Anstieg der Wertschöpfung durch Arbeitszeitreduktion um rund 12 Prozent gebremst

Die Erhöhung der Produktivität hat einen großen Anteil am Anstieg der realen Bruttowertschöpfung in Österreich seit 1995 um fast 60 Prozent. Unterstellt man eine unveränderte Beschäftigtenanzahl und Arbeitszeit verursachte die Erhöhung der Produktivität allein eine um über 35 Prozentpunkte höhere reale Bruttowertschöpfung. Der Einzeleffekt der Zunahme der Beschäftigungsverhältnisse um 1,1 Millionen seit 1995 sorgte für sich allein für einen Anstieg der realen Bruttowertschöpfung in etwa gleich starkem Ausmaß wie die Produktivitätsverbesserung. Die Verringerung der durchschnittlichen Arbeitszeit pro Beschäftigten dämpfte dagegen den Anstieg der realen Bruttowertschöpfung. Wenn sich die durchschnittliche Arbeitszeit im Zeitraum zwischen 1995 und 2022 nicht um rund 50 Stunden im Quartal bzw. fast 5 Stunden pro Woche verringert hätte, könnte bei ansonsten unveränderten Parametern die reale Bruttowertschöpfung in Österreich um über 12 Prozentpunkte höher sein. Wäre der Rückgang auf rund 4 Stunden pro Woche beschränkt geblieben, würde rein rechnerisch der Arbeitszeitbedarf durch die aktuell gemeldeten offenen Stellen in der österreichischen Wirtschaft von knapp über 100.000 durch diese Mehrarbeit von rund einer Stunde pro Woche pro Beschäftigungsverhältnis vollständig abgedeckt werden können. Das entspräche genau jener Arbeitsstunde, die seit der Pandemie „verloren“ gegangen ist.

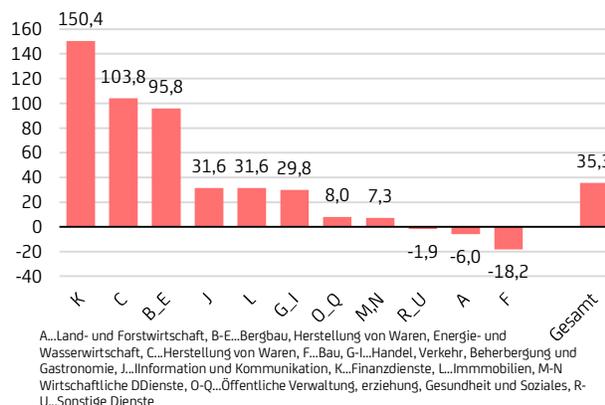
Produktivitätsanstieg und Anstieg der Beschäftigung teilen sich Wertschöpfungszuwachs seit 1995 etwa zu gleichen Teilen

Herausforderungen durch gesellschaftlichen und demographischen Wandel steigen

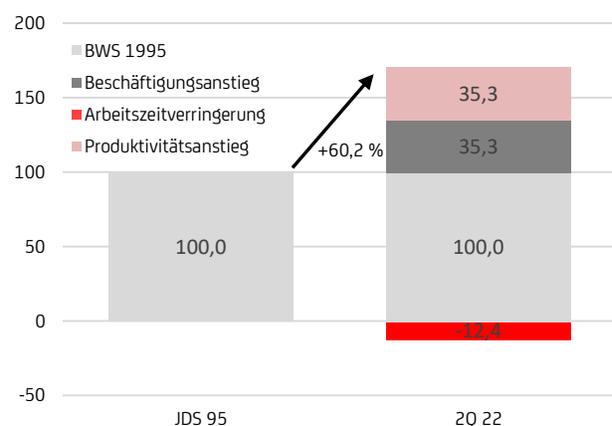
Der Rückgang der verfügbaren Arbeitszeit pro Beschäftigungsverhältnis durch (arbeits-)rechtliche und gesellschaftspolitische Veränderungen (Stichwort: geringfügige Beschäftigung, Teilzeit, Working-Life-Balance, etc.) wird sich voraussichtlich auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Hinzu kommt eine demographische Entwicklung auf Österreich zu, die zumindest auf eine Abschwächung des Wachstums des Arbeitskräfteangebots hinweist. Um diese Herausforderungen für den Wohlstand in Österreich zu bewältigen, sind verstärkte Anstrengungen zur Erhöhung der Beschäftigung (Stichwort: Frauenbeschäftigung) und der weiteren Verbesserung der Produktivität durch Innovationen und den Einsatz effizienterer Leistungserstellungsmethoden notwendig. Dies wird sich aber in vielen, vor allem kontaktorientierten, Dienstleistungssektoren, wie z.B. in der Beherbergung und Gastronomie oder im Gesundheitssektor nur schwierig ohne Qualitäts- bzw. Serviceeinbußen umsetzen lassen.

Weiterer Rückgang der Arbeitszeit pro Beschäftigungsverhältnis zu erwarten

Grafik 5: Reale Bruttowertschöpfung pro Stunde
(2Q 2022, Vrdg. gegenüber 1995 in % nach Wirtschaftssektoren)



Grafik 6: Bruttowertschöpfung
(Zusammensetzung des realen Anstiegs in Mrd. Euro, real)



Quelle: Statistik Austria, UniCredit Research

Zum Weiterlesen:

UniCredit Bank Austria Homepage: Alle Prognosen und Analysen der Abteilung Economics & Market Analysis Austria auf <http://wirtschaft-online.bankaustria.at>

Bank Austria Economic News: Die neuesten Veröffentlichungen der Abteilung Economics & Market Analysis Austria direkt in Ihrem Posteingang. Anmeldung per E-Mail unter econresearch.austria@unicreditgroup.at.

Sollten Sie Fragen haben schicken Sie uns ein E-Mail unter econresearch.austria@unicreditgroup.at.

Ohne unser Obligo:

Diese Publikation ist weder eine Marketingmitteilung noch eine Finanzanalyse. Es handelt sich lediglich um Informationen über allgemeine Wirtschaftsdaten. Trotz sorgfältiger Recherche und der Verwendung verlässlicher Quellen kann keine Verantwortung für Vollständigkeit, Richtigkeit, Aktualität und Genauigkeit übernommen werden.

Unsere Analysen basieren auf öffentlichen Informationen, die wir als zuverlässig erachten, für die wir aber keine Gewähr übernehmen, genauso wie wir für Vollständigkeit und Genauigkeit nicht garantieren können. Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Die in der vorliegenden Publikation zur Verfügung gestellten Informationen sind nicht als Empfehlung zum Kauf oder Verkauf von Finanzinstrumenten oder als Aufforderung, ein solches Angebot zu stellen, zu verstehen. Diese Publikation dient lediglich der Information und ersetzt keinesfalls eine individuelle, auf die persönlichen Verhältnisse der Anlegerin bzw. des Anlegers (z. B. Risikobereitschaft, Kenntnisse und Erfahrungen, Anlageziele und finanziellen Verhältnisse) abgestimmte Beratung. Die vorstehenden Inhalte enthalten kurzfristige Markteinschätzungen. Wertentwicklungen in der Vergangenheit lassen keine Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung zu.

Impressum

Angaben und Offenlegung nach §§ 24 und 25 Mediengesetz:

Herausgeber und Medieninhaber:

UniCredit Bank Austria AG
1020 Wien, Rothschildplatz 1
Unternehmensgegenstand: Kreditinstitut gem. § 1 Abs.1 Bankwesengesetz

Vertretungsbefugten Organe (Vorstand) des Medieninhabers:

Robert Zadrazil, Daniela Barco, Philipp Gamauf, Dieter Hengl, Georgiana Lazar, Emilio Manca, Marion Morales Albiñana-Rosner, Wolfgang Schilk

Aufsichtsrat des Medieninhabers:

Gianfranco Bisagni, Livia Aliberti Amidani, Christoph Bures, Richard Burton, Adolf Lehner, Aurelio Maccario, Judith Maro, Herbert Pichler, Eveline Steinberger, Doris Tomanek, Roman Zeller

Beteiligungsverhältnisse am Medieninhabergemäß § 25 Mediengesetz:

UniCredit S.p.A. hält einen Anteil von 99,996% der Aktien am Medieninhaber (unter folgendem Link <https://www.unicredit-group.eu/en/governance/shareholder-structure.html> sind die wesentlichen, an der UniCredit S.p.A. bekannten Beteiligungsverhältnisse ersichtlich.)

Der Betriebsratsfonds der Angestellten der UniCredit Bank Austria AG, Region Wien, sowie die Privatstiftung zur Verwaltung von Anteilsrechten (Stifter: Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse; Begünstigter: WWTF – Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds) sind mit einem Anteil von zusammen 0,004% am Medieninhaber beteiligt.